

II-10272 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5121 JU

1990-03-07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Moser, Haigermoser  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Neuorientierung der Asylpolitik

In den letzten Jahren war in Österreich ein rapider Anstieg der Asylanträge festzustellen. Aus diesem Grunde mußten auch zunehmend Budgetmittel für die Flüchtlingsbetreuung bereitgestellt werden. Nach vorliegenden Informationen sind zur Zeit rund 11.000 Asylwerber in Gasthäusern untergebracht, wobei die Republik Österreich pro Asylanten etwa 6.000,-- Schilling monatlich trägt. Da die Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen sich äußerst schwierig gestaltet und Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft oft sehr lange dauern, sollten die in Bundesbetreuung stehenden Asylwerber entsprechende Gegenleistungen erbringen.

Derartige Beiträge könnten im Rahmen sozialer und ökologischer Dienstleistungen erfolgen und würden gewiß die Zahl der mißbräuchlichen Inanspruchnahmen dieser staatlichen Leistung senken. Hinzu kommt, daß durch die Erbringung einer adäquaten Gegenleistung die Aufenthaltszeit der Asylwerber sinnvoller gestaltet und die Schwarzarbeit ausländischer Arbeitskräfte entsprechend eingedämmt würde.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

Werden Sie im Rahmen Ihrer Kompetenzen die entsprechenden Veranlassungen treffen, um die in Bundesbetreuung stehenden Asylwerber zu sozialen und ökologischen Dienstleistungen heranzuziehen und, wenn nein, warum nicht?